

Gedenken an NS-Opfer

Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Heinz Christian Strache (FPÖ) haben am Sonntag mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal gegen Krieg und Faschismus in Wien der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. In der Gedenkstätte Mauthausen wurde die Befreiung des Konzentrationslagers zu Kriegsende gefeiert. Oskar Deutsch, Präsident der Israelischen Kultusgemeinde, hat dabei klare Worte gegenüber der FPÖ gefunden. Er bezeichnete Burschenschaften als Nachfolger der Vorgänger der Nazis und rief zum Protest auf. APA



„Pflanzerei“ um Pensionsprivilegien

Zehntausende genießen Sonderregelungen, darunter auch Altpolitiker.

WIEN Alle Jahre wieder gibt die Politik vor, gegen Pensionsprivilegien vorzugehen. Wirklich passiert ist bisher jedoch nur selten etwas. Jetzt will sich die schwarz-blaue Bundesregierung daran machen – Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (SPÖ) sollen einen Vorschlag entwickeln.

Die Vorgabe, die im Regierungsprogramm enthalten ist, klingt unmissverständlich: „Immer noch bestehende Sonderpensionsprivilegien im staatlichen und halbstaatlichen Bereich müssen endgültig abgeschafft werden.“ Zehntausende Beamte, Vertragsbedienstete, aber auch Arbeiter, Angestellte und Politiker müssen sich demnach auf einiges gefasst machen; all jene jedenfalls, die bei der Altersversorgung viel besser aussteigen als ASVG-Versicherte in der Privatwirtschaft.

Das gesamte Ausmaß der Pensionsprivilegien ist schwer zu erfassen: Neos-Sozialsprecher Gerald Loacker hat anhand eines Rech-

nungshofberichts ermittelt, dass 2016 Zusatzpensionen in Höhe von insgesamt 555 Millionen Euro an immerhin 25.000 Leute geflossen sind. Die Kammern sind darin



„Im Jahr 2014 wurde am wenigsten bei den Altpolitikerpensionen gemacht.“

Karl Öllinger
Ex-Grüne-Mandatar

noch nicht berücksichtigt; ihnen ist Transparenz weniger geläufig. Dazu gerechnet werden können aber noch die Altpolitikerpensionen. Sie kosten laut dem früheren grünen Nationalratsabgeordneten Karl Öllinger, der sich intensiv da-

mit befasst hat, knapp 100 Millionen Euro vom Boden- bis zum Neusiedlersee.

Genauere Angaben sind rar. Als Präsidentschaftskandidat teilte Andreas Khol (ÖVP) mit, eine Politikerpension von 10.029 Euro zu beziehen. Von Ex-Nationalbank-Chef Adolf Wala war zuvor bekannt geworden, dass er auf 31.915 Euro brutto im Monat kommt. Das führte zum bisher letzten Anti-Privilegienpaket.

„Damals wurde viel versprochen: Nämlich Kürzungen von fünf bis 25 Prozent ab 4530 Euro monatlich“, erinnert sich der Pensionsexperte Bernd Marin: „Herausgekommen sind nicht einmal ein bis zwei Prozent der Kosten für Sonderpensionen.“ Wie war eine solche Täuschung möglich? „Es sind viele Tricks angewendet worden“, so Marin: „Pensionskassenregelungen wurden herausgenommen und Ansprüche aus der gesetzlichen Pensionsversicherung nicht mitberücksichtigt. Das hob die

Schwellenwerte. Wir haben nachgerechnet: Wer eine Sonderpension zur ASVG-Höchstpension bezieht, konnte schon 2014 bis zu 107.323 Euro jährlich ohne jede Kürzung



„Damals wurde viel versprochen. Es sind aber viele Tricks angewendet worden.“

Bernd Marin
Pensionsexperte

lukrieren.“ Nachsatz: „Das ist eine Pflanzerei.“

Am wenigsten gemacht worden sei 2014 bei den Altpolitikerpensionen, stellt Karl Öllinger fest. 2016 seien parlamentarischen Anfragebeantwortungen zufolge noch

immer 23 Millionen Euro an ehemalige Abgeordnete und Regierungsmitglieder auf Bundesebene geflossen. Zu den Ländern gibt es keinen Überblick. Öllinger, der sich darum bemüht hat, schätzt den Aufwand auf „rund 75 Millionen Euro“; davon profitieren würden auch Ex-Bürgermeister. Politikerpensionen wurden 1997 abgeschafft, Übergangsregelungen wirken aber nach wie vor.

Wie 400.000 Euro Ersparnisse

Die Masse der Pensionsprivilegien entfällt auf Zusatzpensionen, die bescheiden wirken. Oft gehe es um 1500 Euro im Monat, erklärt Marin: Schon damit sei die Zusatzpension aber „so viel wert wie rund 400.000 Euro Ersparnisse für eine Leibrente. Und das sind auch bei den sogenannten kleinen Leuten in den Krankenkassen, den ÖBB oder der Beamtenversicherung sehr erhebliche Vermögensvorteile, von denen Normalbürger nur träumen können.“ JOH

Ein Grüner erobert den Innsbrucker Bürgermeisterstuhl

Georg Willi schlägt in Stichwahl die bisherige Stadtchefin.

INNSBRUCK Der nächste Bürgermeister von Innsbruck heißt Georg Willi. Der 59-Jährige wird damit der erste grüne Bürgermeister einer Landeshauptstadt. Er ging mit 52,9 Prozent der Stimmen aus der Stichwahl hervor, die bisherige Stadtchefin Christine Oppitz-Plörer (Für Innsbruck) zog mit 47,09 Prozent den Kürzeren. Willi zeigte sich kurz nach Verkündung des Wahlergebnisses überglücklich. „Es ist etwas entstanden, was ich nicht geglaubt habe“, sagte er vor zahlreichen Journalisten im Rathaus. Er kündigte an, am Dienstag mit Sondierungsgesprächen zu beginnen. Kommende Woche sollen dann die Koalitionsverhandlungen starten. „Ich hoffe, dass wir relativ bald eine stabile Regierung bilden können“, so der strahlende Wahlsieger, der auf die konstituierende Sitzung des Gemeinderats am 24. Mai verwies. Einmal mehr schloss das Polit-Urgestein aus, die FPÖ in der Stadtregierung haben zu wollen. FPÖ-Frontmann Rudi Federspiel solle



So sehen Sieger aus: Christine Oppitz-Plörer applaudiert ihrem Nachfolger Georg Willi, der mit seinem Sieg der Grünbewegung wieder Leben einhauchte. APA

eine wichtige Kontrollfunktion einnehmen. Zudem stehe sein Angebot an Christine Oppitz-Plörer, das Amt der Vizebürgermeisterin zu bekleiden.

Willi sah die Bürgermeisterdirektwahl „eher als Persönlichkeitswahl“. Die Wahl sei aber ein klares Zeichen, dass „es mit den Grünen wieder aufwärtsgeht“. Kurz vor Bekanntgabe des Ergebnisses hatte sich Oppitz-Plörer im Mediengetümmel an Willi gewandt: „Ich gratuliere dir, wünsche dir alles Gute

und eine gute Hand.“ Dann entschwand sie sichtlich mitgenommen aus dem Rathausaal.

Georg Willi gilt als Prototyp eines bürgerlichen Grünen. Der heimatverbundene Reale, der über den Tellerrand hinausblickt: Diese Rolle exerzierte er auch in diesem Wahlkampf in Perfektion. Willi war über die Jahre - nicht zuletzt ob seiner vom politischen Freund wie Feind attestierten Sachkompetenz - zum bekanntesten Gesicht der Öko-Partei in Tirol avanciert.

Köhlmeier weist Vorwurf der Holocaust-Verharmlosung zurück

Häupl stellt sich hinter Autor. Nur ein Vergleich sei in die Hose gegangen.

WIEN Der Vorarlberger Schriftsteller Michael Köhlmeier ist immer noch Gesprächsthema. Genauer gesagt seine Rede, die er am Freitag beim Gedenktakt des Parlaments für die Opfer des Nationalsozialismus gehalten und dabei die FPÖ scharf kritisiert hatte.

Während die Freiheitlichen Köhlmeiers Worte empört zurückweisen, sieht der scheidende Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) die Ansprache „zu 99 Prozent positiv“. Die einzige Anmerkung: „Mit Schoah-Vergleichen soll man immer vorsichtig sein.“ Ein Autor könne natürlich zugespitzt formulieren, lediglich dieser Vergleich sei in die Hose gegangen, sagt Häupl im ORF. Köhlmeier hatte in Anspielung auf die „Schließung der Balkan-Route“ im Verlauf der Flüchtlingskrise gesagt: „Es hat auch damals (in der NS-Zeit, Anm.) schon Menschen gegeben, die sich damit brüsteten, Fluchtrouten geschlossen zu haben.“ Die Politik müsse es aushalten, beim Wort ge-

nommen zu werden, springt unterdessen Gerhard Ruiss, Geschäftsführer der IG Autorinnen Autoren, seinem Schriftsteller-Kollegen bei: „Köhlmeier hat eine Rede gehalten, wie sie dem Anlass nicht besser entsprechen hätte können.“ Es sei weder angemessen, seiner Kritik „Holocaust-Verharmlosung“ zu

„Man möge mir die Stelle zeigen. Nichts liegt mir ferner, als den Holocaust zu verharmlosen.“

Michael Köhlmeier
Schriftsteller

unterstellen, noch sich seitens der FPÖ „als die eigentlich Verfolgten darzustellen“. Die IG Autoren weise „alle Versuche, die Rede als persönliche Aversionen oder/und überzogene Vergleiche zu relativieren, mit Entschiedenheit zurück“.

Köhlmeier selbst bezeichnete in der Zeitung „Österreich“ den Vorwurf der Verharmlosung des Holocaust als Chuzpe: „Aber ich möchte ihn ernst nehmen. Man möge mir die Stelle in meiner Rede zeigen. Denn nichts liegt mir ferner, als den Holocaust zu verharmlosen.“